

Die Dienstunfähigkeit der Beamtinnen und Beamten – rechtssicher handeln bei einem sensiblen Thema

Die Zahl der Beamtinnen und Beamten, die aufgrund psychischer oder physischer Belastungen vorzeitig dienstunfähig werden, steigt seit einigen Jahren wieder deutlich an – trotz gesetzlicher Reformen zur Reduzierung der Frühpensionierungen.

In unserem Seminar beleuchten wir praxisnah und rechtlich fundiert die zentralen Fragestellungen:

- Welche anderweitigen Tätigkeiten können dienstunfähigen Beamtinnen und Beamten übertragen werden?
- Welche formellen und materiellen Anforderungen sind an die Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zu stellen?
- Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich, wenn die betroffene Person einer rechtmäßig angeordneten ärztlichen Begutachtung nicht nachkommt?

Diesbezüglich hat das Bundesverwaltungsgericht die Handlungsfähigkeit der Verwaltung vor kurzem gestärkt. Es hat entschieden: Wenn eine Beamtin oder ein Beamter eine rechtmäßig angeordnete amtsärztliche Untersuchung verweigert, kann daraus geschlossen werden, dass die Dienstunfähigkeit und die Pflicht des Dienstherrn zur Prüfung einer anderweitigen Verwendung entfällt.

Ziel des Seminars ist es, Ihnen die rechtlichen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume im Umgang mit einer Dienstunfähigkeit transparent darzustellen, damit Sie auch in schwierigen Fallkonstellationen rechtssicher und verantwortungsvoll agieren können.

Der Begriff der Dienstunfähigkeit

- Allgemeine Dienstunfähigkeit
- Vermutete Dienstunfähigkeit
- Leistungsminderung

Verfahren zur Feststellung der Dienstunfähigkeit

- Anforderungen an die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung
- Die Mitwirkungspflichten der Beamtinnen und Beamten an der ärztlichen Untersuchung
- Abwehrmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten gegen die Aufforderung zur amtsärztlichen Untersuchung
- Folgen der Verweigerung der amtsärztlichen Begutachtung
- Bedeutung von amtsärztlichen Gutachten im Verhältnis zu privatärztlichen Attesten

Rehabilitation vor Versorgung

- Vorrang der anderweitigen Verwendung – Umfang der Suchpflicht
- Begrenzte Dienstunfähigkeit
- Anforderungen an die Dokumentation der Suchpflicht
- Reaktivierung der Beamtinnen und Beamten

Besondere Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten

- Vorläufige Dienstenthebung
- Unerlaubtes Fernbleiben vom Dienst

Sonstige Themen in Zusammenhang mit der Dienstunfähigkeit

- Nebentätigkeiten
- Anzeige- und Nachweispflichten
- Abgeltung von Urlaubsansprüchen bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand
- Beteiligung der Personalvertretung bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand

 Online

Buchungsnummer
LR-BDUN

Seminargebühr
430,00 € + MwSt.

Teilnehmerzahl
ca. 20 Personen

Zeitplan
09.00 - 16.00 Uhr



Termin

16.09.2026

RAin Britta Reuters